

die Philippinen, die Schweiz, die Bundesrepublik Deutschland, die USA und Jugoslawien.

Partnerschaften werden nach Maßgabe der "charakteristischen Eigenschaften" jeder Stadt oder jeder Provinz begründet. So ist beispielsweise Beijing mit Belgrad in Verbindung getreten - beides Hauptstädte ihrer Länder; Shanghai begründete Beziehungen mit Rotterdam - beides sind Hafenstädte; Guangzhou mit Los Angeles - beides Industrie- und Handelszentren; Kunming mit Zürich - beides Städte mit "touristischer Anziehungskraft"; Suzhou mit Venedig - beides "Wasserstädte".

Der Austausch zwischen den Partnern erfolgt in Form der Entscheidung verschiedener Expertengruppen, aber auch der Förderung des beiderseitigen Handels. So z.B. verarbeitet die Provinz Heilongjiang Lederprodukte aus Kuhhäuten, die in Alberta/Kanada gekauft werden und verkauft die Fertigprodukte zurück an Alberta. Die Küstenprovinz Jiangsu arbeitet mit der japanischen Aichi-Präfektur auf dem Gebiet der Hummer-, Aal- und Garnelenzucht zusammen.

Auch der Schüler- und Studentenaustausch findet zunehmend zwischen Partneereinheiten statt, ebenso der Besuch von Kultur- und Sportgruppen sowie die Veranstaltung von Ausstellungen.

Es ist bezeichnend, daß die Partnerschaftsbewegung zwischen den USA und China prächtig gedeiht, während gleichzeitig die Beziehungen im Bereich der "großen Politik" sich abgekühlt haben.

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(8)

China befürwortet eine wirksamere Rolle der UNO

Seit die UNO-Charta am 24. Oktober 1945 in Kraft trat, hat sich die Weltorganisation in vielfacher Hinsicht geändert:

- Da ist einmal die Zahl der Mitgliedsländer, die sich von 51 auf inzwischen 157 erhöht hat, wobei die Länder der Dritten Welt jetzt mehr als zwei Drittel der Repräsentanten stellen.

- Geändert (d.h. erweitert) hat sich darüber hinaus das Zuständigkeitsfeld. Ging es am Anfang im wesentlichen nur um die internationale Sicherheit, so sind inzwischen zahlreiche neue Tätigkeitsfelder hinzugekommen, wie

z.B. Entwicklungsprogramme, Bevölkerungsplanung, Umweltschutz, Beschäftigungsfragen, Entwicklung des Handels, Nutzbarmachung der Ressourcen, Ernährungsfragen, Wasserbau, Gesundheitswesen, Meteorologie, Weltraumfragen, Flüchtlings-, Kinder-, Jugendlichen- und Altenfragen etc.

- Schließlich hat sich noch das Kräfteverhältnis grundlegend verändert. War die UNO -chinesischer Auffassung zufolge - in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre noch eine Art Abstimmungswerkzeug weniger Großmächte, so sehen sich die "Manipulatoren" von einst angesichts der überwältigenden Zahl der Dritten Welt zunehmend isoliert.

Trotz solcher Veränderungen ist die UNO aber immer noch ein verhältnismäßig machtloses Instrument. Dies wurde vor allem im Zusammenhang mit der Kamboodscha-, der Afghanistan-, der Namibia-, der Libanon-, der Abrüstungs- und der Weltwirtschaftsfrage deutlich. Die in diesen Bereichen gefaßten Resolutionen wurden von den Adressaten einfach nicht durchgeführt.

China sieht sich unter diesen Umständen aufgefordert, an der Seite der Dritten Welt den Einfluß der UNO auf die Weltpolitik zu verstärken (RMRB, 23.10.82).

Eines der Mittel zur Stärkung wäre die Ausschaltung des Vetorechts der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates bei gleichzeitiger Stärkung des Einflusses der Vollversammlung.

Mit Genugtuung kommentiert Xinhua (XNA, 4.12.82) den Beschluß der UNO-Generalversammlung vom 3. Dezember, der auf die Stärkung der Rolle der UNO bei der Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit hinausläuft. Mit einer solchen Resolution freilich ist das Ziel einer generellen Stärkung der UNO noch lange nicht erreicht!

-we-

(9)

China verlangt eine neue "Weltinformationsordnung"

Bei einer Debatte des UNO-Komitees über Informationsfragen (22.-29. Oktober 1982) verlangte der chinesische Vertreter Xie Qi-mei die Einführung einer neuen Weltinformationsordnung. Das gegenwärtige Ungleichgewicht zwischen den Agenturen aus wenigen Industrieländern und den Kommunikationsmitteln der Entwicklungsländer sei ein Nachklang der "Geschichte imperialistischer Beherr-

schung". Der Kampf gegen den "kulturellen Kolonialismus" sei also fortzusetzen. Das "UN Department of Public Information" solle Maßnahmen ergreifen, um die Ungleichgewichte bei der Information und Kommunikation zu korrigieren, die sich z.B. auch in der Verwendung weniger Arbeitssprachen bei der UNO reflektierten.

Bezeichnenderweise wurde hier nicht zur Selbstorganisation der Dritten Welt aufgerufen, sondern eine hauptsächlich von den Industrieländern finanzierte Einrichtung - die UNO - als Adressat angegangen. Ob sich die chinesische Vertretung der Widersprüchlichkeit ihres Vorgehens bewußt war!?

-we-

INNENPOLITIK

(10)

Ye Jianying kandidiert nicht mehr für den VI. NVK

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, der 85jährige Marschall Ye Jianying, wird dem kommenden VI. NVK nicht mehr angehören und damit auch sein Amt als Vorsitzender des Ständigen NVK-Ausschusses abgeben. Der gesundheitlich angeschlagene Marschall erklärte seinen Verzicht auf ein NVK-Mandat in einem am 2. März 1983 veröffentlichten Schreiben an die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des NVK (XNA, 2.3.83). Seine politisch weitaus bedeutsameren Posten als Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh und als stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission wird Ye Jianying jedoch behalten.

-sch-

(11)

2. Plenartagung der Zentralen Disziplin-kontrollkommission

Die auf dem XII. Parteitag neugewählte Zentrale Disziplin-kontrollkommission (ZDK) trat vom 28. Januar bis zum 7. Februar 1983 zu ihrer 2. Plenartagung zusammen. An der Tagung nahmen 123 der 132 ZDK-Mitglieder sowie 103 Führungskader der Disziplin-kontrollorgane auf Provinzebene teil. Zentrales Thema der Tagung waren die "Verbesserung des Arbeitsstils der Partei" und die damit zusammenhängenden Aufgaben der Kommission i.J. 1983.

Die Teilnehmer beschäftigten sich zunächst mit verschiedenen Ausführungen von Deng Xiaoping und

Hu Yaobang über die Frage der Reformen. Im Mittelpunkt der Tagung stand jedoch eine Rede des Ständigen Sekretärs der Zentralen Disziplin-Kontrollkommission, Wang Heshou, unter dem Titel "So schnell wie möglich eine grundlegende Verbesserung des Arbeitsstils der Partei herbeiführen" (siehe RMRB, 20.2.83). Außerdem beschäftigten sich die Tagungsteilnehmer mit dem schriftlichen Bericht des ZDK-Sekretärs Wang Congwu über die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität i.J. 1982. Dem Bericht zufolge wurden bis Ende Dezember 1982 über 164.000 Wirtschaftsdelikte aufgedeckt. Davon seien 86.000 Fälle bereits abgeschlossen worden. Fast 30.000 Personen seien gesetzlich bestraft und mehr als 5.500 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Geld und Waren im Wert von 320 Mio. Yuan seien sichergestellt worden. Schließlich hätten sich über 46.700 Personen, die in Wirtschaftsdelikte verwickelt seien, freiwillig den Behörden gestellt. (RMRB, 5.2.83)

In Anlehnung an die Rede von Wang Heshou setzte sich die ZDK auf ihrer 2. Plenartagung folgende fünf konkrete Aufgaben für 1983:

1. Ideologische Vorbereitung der Parteimitglieder auf die im Winter 1983 beginnende umfassende Säuberung der Partei von Gegnern des seit Dezember 1978 gültigen politischen Kurses.
2. Unterstützung des Wirtschaftsaufbaus und der Reformen, insbesondere jedoch Verteidigung der Reformen gegen Sabotageakte der Reformgegner.
3. Fortsetzung der Bekämpfung schwerer Wirtschaftsverbrechen.
4. Bekämpfung von Willkür und Privilegiensucht innerhalb der Funktionärsschicht.
5. Überwindung der Führungsschwäche einer Reihe von Leitungsorganen und führenden Kadern. (RMRB, 9.2.83)

-sch-

(12)**IV. KPCh-Kongreß der Provinz Sichuan**

Der IV. KPCh-Kongreß der Provinz Sichuan fand vom 30. Januar bis 4. Februar 1983 in der Provinzhauptstadt Chengdu statt. Es handelte sich um den ersten Parteikongreß auf Provinzebene nach dem XII. Nationalen Parteitag der KPCh im September 1982. Damit bestätigt sich wieder einmal der Eindruck, daß Sichuan die politische Musterprovinz der gemäßigten Reformen ist.

An dem Kongreß nahmen 1.165

Delegierte teil, die die 3.210.000 Parteimitglieder der Provinz Sichuan vertraten. Im Mittelpunkt der Tagung standen der Rechenschaftsbericht des im Dezember 1982 vom Zentralkomitee ernannten neuen Parteichefs von Sichuan, Yang Rudai, und die Wahlen zu den Führungsgremien der Partei. Wie im neuen Parteistatut vorgesehen, wählten die Delegierten das KPCh-Provinzkomitee, die Beraterkommission und die Disziplin-Kontrollkommission von Sichuan.

Unmittelbar im Anschluß an den Provinzparteitag traten die neugewählten Führungsgremien jeweils zu einer konstituierenden Sitzung zusammen und wählten ihre Führungsmannschaft. Wie zu erwarten, wurde Yang Rudai in seinem neuen Amt als Sekretär des Provinzparteikomitees von Sichuan bestätigt. Der frühere 1. Parteisekretär Tan Qilong wurde Vorsitzender der neugeschaffenen Beraterkommission. Zu einem seiner beiden Stellvertreter wurde der bisherige Gouverneur von Sichuan, Lu Dadong, gewählt. Sowohl Tan Qilong als auch Lu Dadong bleiben jedoch Mitglieder im Ständigen Ausschuß des Provinzparteikomitees. (Radio Sichuan, 30.1.-7.2. und 18.2.83, in SWB, 11., 12. und 23.2.83)

-sch-

(13)**Veränderungen in den KPCh-Führungsorganen auf Provinzebene**

Die auf dem XII. Parteitag erfolgte Verjüngung der zentralen Parteiführung setzt sich offenbar auf Provinzebene fort: Aus den Provinzen Heilongjiang, Hunan, Jiangxi und Sichuan wurden z.T. erhebliche personelle Veränderungen in den Führungsorganen der jeweiligen Parteiorganisationen gemeldet. So soll sich nicht nur das Durchschnittsalter der Führungskader auf Provinzebene verringert haben. Auch der Anteil der Funktionäre mit Universitäts- oder Fachschulausbildung ist diesen Berichten zufolge erheblich angestiegen. (Siehe Radio Heilongjiang, 22.2.83, in SWB, 26.2.83; Radio Hunan, 9.2.83, in SWB, 12.2.83; Radio Jiangxi, 18.1.83, in SWB, 29.1.83; Radio Sichuan, 31.1.83, nach SWB, 11.2.83; Radio Sichuan, 6.2.83, in SWB, 11.2.83)

-sch-

(14)**Fünf neue Regierungschefs auf Provinzebene**

In drei Provinzen und zwei Autonomen Gebieten wurden neue "amtierende" Provinzgouverneure bzw. Vorsitzende der Volksregierung ernannt:

- AG Ningxia: Hei Boli
 - AG Tibet: Duojie Caidan
 - Prov. Henan: He Zhukang
 - Prov. Fujian: Hu Ping
 - Prov. Shaanxi: Li Qingwei
- (diverse Rundfunkmeldungen nach SWB)
-sch-

(15)**Propagandamonat für Familienplanung**

Von Neujahr 1983 bis zum chinesischen Frühlingsfest, dem traditionellen Neujahrsfest, das dieses Jahr auf den 13. Februar fiel, wurde in China ein Kampagnenmonat für Familienplanung veranstaltet. Die Wochen waren angefüllt mit Sonderveranstaltungen, die von Kundgebungen über Beratungen und Besuche von Ein-Kind-Familien bis hin zu Theaterveranstaltungen reichten. Plakate und Spruchbänder, auf denen die Ein-Kind-Familie als glücklichste und materiell am besten gestellte Familie dargestellt bzw. propagiert wurde, schmückten Straßen und Gebäude. In Beijing führen über 200 Propagandawagen durch die Straßen (XNA, 8.1.83).

Schon Anfang Februar verkündete der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Familienplanung den Erfolg der Propagandaaktivitäten, in dem er hervorhob, daß bereits nach den ersten Wochen mehr Sterilisierungen durchgeführt worden seien als im ganzen Jahr 1981. Auch über die Zahl anderer empfängnisverhütender Operationen sowie die Zahl der Ehepaare, die Einzelkinderzertifikate erhalten haben, zeigte er sich zufrieden (RMRB, 8.2.83).

Die Propagandaarbeit richtet sich auch gegen die wieder zunehmende Diskriminierung neugeborener Mädchen, die teilweise sogar so weit geht, daß neugeborene Mädchen umgebracht werden, um sich die Möglichkeit offenzuhalten, noch einen Jungen zu bekommen. Inzwischen dringen derartige Fälle verstärkt an die Öffentlichkeit. So wurde in der Guangming-Zeitung (12.1.83) der Fall eines jungen Arbeiters bekannt, der seine Tochter umgebracht hatte. Auch Radio Zhengzhou kritisierte, daß kleine Mädchen nicht selten getötet würden und daß Frauen, die ein Mädchen zur Welt gebracht haben, häufig den schlimmsten Diskriminierungen ausgesetzt seien und sogar zum Selbstmord getrieben würden (7.1.83, nach SWB, 22.1.83). Alle Kader, insbesondere des Frauen- und Jugendverbandes, sind aufgerufen, diesen unguten Tendenzen entgegenzuwirken.
-st-